

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesfähre 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1.60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4089 a. 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfennige**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfennige**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 177.

Freitag, den 26. Oktober 1894.

1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Für November und Dezember

nehmen alle unsere Ausrägerinnen, sowie sämtliche Postanstalten Bestellungen auf den täglich erscheinenden „Lübecker Volksbote“ (mit der achtseitigen illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“) zum Preise von 1,10 Mark an.

Der Reichstag nimmt in nächster Zeit seine Verhandlungen wieder von Neuem auf. Wichtige Debatten stehen in Aussicht; denn noch sind die Steuervorlagen nicht unter Dach und Fach. Zudem wird die Reaktion mit Anträgen kommen, die zur Knebelung der Staatsbürger dienen sollen. Wer deshalb gesonnen ist, sich sowohl über die Parlamentsverhandlungen, sowie über das gesammte politische Leben eingehend zu unterrichten, lese den Volksboten, der sehr ausführlich darüber unterrichtet. — Probe-Nummern des Volksboten stellen wir gern zur Verfügung.

Neu hinzutretenden Abonnenten liefern wir — gegen Einsendung der Abonnementsquittung — die Zeitung bis Ende Oktober schon von jetzt ab unentgeltlich. Wir bemerken noch, daß jeder unserer Abonnenten befugt ist, auf Grund seiner Quartalsquittung einmal vier Zeilen gratis zu inseriren.

Redaktion und Verlag des „Lübecker Volksbote“.

## Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Nachmittags-Sitzung vom 22. Oktober.)

Singer eröffnet die Sitzung mit der Verlesung einiger Begrüßungstelegramme. Eines davon haben die ober-schlesischen Bergarbeiter gesandt.

Die Diskussion vom Vormittag wird fortgesetzt. Ewald-Brandenburg faßt die Anträge anders auf, als die Vorredner, er sieht in ihnen eine Spitze gegen das Ueberhandnehmen von Akademikern auf den vordersten Posten. Ich freue mich, wenn Leute aus besseren Gesellschaftskreisen aus Ueberzeugung zu uns kommen. Aber die hohen Gehälter bergen die Gefahr in sich, daß die Akademiker nur durch das viele Geld angelockt werden. Genosse Calver will als Redakteure nur Akademiker angestellt wissen. Diese Ueberhebung muß ich zurückweisen. Die autodidaktischen Arbeiter sind mir lieber. Wir sind doch alle Produkte unserer Gesellschaft und können für unsere mangelhafte Bildung nichts.

Jahn-Berlin steht im Großen und Ganzen auf dem Standpunkte Ewald's. Es solle aber mit gleichem Maße gemessen werden. Er sei nicht für Verkürzung der Gehälter, aber es sei doch zu bedenken, ob die Gelber nicht besser verwendet werden könnten. Nicht dem einen zu viel und dem andern zu wenig.

Buhl-Nowawes. Ich komme aus einem Weberdorf. Wir können es nicht verstehen, wie es ein Genosse mit seiner Parteipflicht vereinbaren kann, so horrende Entlohnung zu fordern. Die Weber bei uns verdienen jährlich 420 Mark.

Leßner-London. Die Diskussion thut mir leid. Der gegnerischen Presse und unseren Feinden werden sie dadurch Vorschub leisten. Dem Geschrei der Gegner, es bestehen bei uns Differenzen, wird ein Rückhalt gegeben. Ueberlegen Sie sich Ihre Abstimmung. Sie sollen natürlich aufpassen, wohin Ihr Geld kommt, aber üben Sie nicht Kritik, wo sie nicht angebracht ist. Die Gehälter sind nicht zu hoch. Die englischen Trades Unions bezahlen ihre Beamten gut, danach sollten Sie sich richten. Lassen Sie diese Zwistigkeiten beiseite.

Leßner-Altona hat an dem Bericht des Parteivorstandes nichts auszufügen, auch an den Parteibeamten-Gehältern nicht. Die Partei brauche unter den heutigen schwierigen Verhältnissen tüchtige Männer an der Spitze, und diese müssen gutbezahlt werden.

Ein Schlufantrag wird abgelehnt.

Peus-Deffau. Ich bin Parteibeamter und Akademiker, ich bitte also um Ihr Vertrauen (Heiterkeit). Es schadet übrigens nicht, wenn man den Akademikern einmal sagt, daß sie nicht über die Handarbeiter die Nase rümpfen

sollen. Im Uebrigen darf der Gegensatz gegen die Akademiker nicht übertrieben werden. Wissenschaft und Arbeit sollen gleichmäßig gefördert werden. Wenn man eine Grenze nach oben feststellt, so wäre mindestens auch eine Grenze nach unten am Platze. Die an der Spitze stehen, sind immer solchen oder ähnlichen Angriffen, wie wir sie hier erleben, ausgesetzt. Die Frage, um die es sich hier handelt, ist eine rein praktische und nicht prinzipiell zu lösen. Manche Streitigkeiten könnten vielleicht vermieden werden, wenn die Kontrolleure Mitbestimmungsrecht über die Gehälter erhielten.

Neumann-Eberfeld warnt vor neuen Zeitungsgründungen. Im Uebrigen bittet er, alle Anträge abzulehnen.

Herbert-Stettin wendet sich gegen die Ausführungen Ewalds, er führt die Anträge auf kleinlichen Stand der Antragsteller zurück, wird aber ersucht, solche Ausdrücke zu vermeiden. Wenn die Kontrolleure Mitbestimmungsrechte erhalten, dann verlieren sie den Charakter der Kontroll-Instanz. Die englischen Arbeiter bezolden ihre Beamten bis zu 10000 Mark. Bei den großen Ausgaben spielte die Summe, um die hier stundenlang geredet worden, gar keine Rolle.

Dr. David-Gießen: Ich gehöre auch zu den jammerwürdigen Akademikern, bin auch noch Rekrut. Aber die beiden Gipsfiguren neben der Rednertribüne, die Köpfe von Marx und Lafalle geben mir den Muth zu reden. Bebel hat Recht, wir müssen uns nach den heutigen Verhältnissen richten. Man sagt, unsere Gegner gehen mit den hohen Gehältern freiben. Wir können ihnen die Antwort geben, was bekommt ein Bürgermeister, was bekommt ein Oberförster u. s. w. Die Masse der Arbeitergroßchen erhält ja schließlich auch die Beamten der bürgerlichen Gesellschaft, nicht bloß unsere Parteibeamten. Unsere akademischen Arbeiter bringen doch thatsächlich große materielle Opfer. Ein Akademiker, der auf die fetten Brocken in der Sozialdemokratie spekulirt, der muß wahrhaftig Tinte geflossen haben. (Große Heiterkeit.) Der Nutzen der Verhandlungen wird der sein, daß nun endlich einmal das Zehnmillionenmärchen gründlich zerstört wird. Die zehn Millionen Parteigehälter spuken noch immer in der bürgerlichen Presse. Die Akademiker beweisen übrigens genug Idealismus, wenn sie jedes Jahr die gleiche Debatte über sich ergehen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Singer theilt das Ergebnis der belgischen Wahlen mit. Der Kongreß beschließt, den belgischen Genossen ein Glückwunschtelegramm zu senden.

Die Abstimmung über einen von Grillenberger gestellten Schlufantrag bleibt zweifelhaft. Es wird daher weiter verhandelt. Wächter und Bue-Essen besürworten den Antrag Marx-Essen. Derselbe richtete sich nicht gegen eine Person. Der Dortmunder Redakteur sei wohl ein tüchtigster Theoretiker, aber kein Taktiker; er passe daher nicht in die besondern Verhältnisse des Kohlenreviers.

Abg. Gerisch: Die Verhältnisse des Dortmunder Blattes hatten sich in dem Augenblick gebessert, als Dr. Lütgenau hingekommen wäre. Die Parteileitung halte Dr. Lütgenau für sehr geeignet auf dem Posten, den er bekleide.

Bömelburg-Hamburg beantragt die Einsetzung einer Kommission zur Verathung der Gehälterfrage.

Ein Schlufantrag wird abgelehnt.

Es sprechen noch Weniger-Hamburg, Mezner-Berlin.

Ein Schlufantrag wird nun angenommen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Frohme-Altona, daß dem Parteitag nur das Recht zustehe, über das Gehalt von Personen zu beschließen, die die Parteileitung anstellt. Die Genossen, welche von Parteigenossen im Lande angestellt werden, wie Schönkant in Leipzig, fallen nicht in die Kompetenz des Parteitags. (Zustimmung.)

Persönlich bemerkt

Legien-Hamburg: Bebel habe ihn als Mephisto bezeichnet, er habe nur seiner inneren Ueberzeugung Ausdruck gegeben und müsse diesen Ausdruck zurückweisen. Bebel hat mir ein Honorar am Sozialpolitischen Centralblatt vorgeworfen, das war bisher noch nicht üblich in der Partei. I: habe noch Niemanden seine journalistischen Honorare nachgerechnet. Sollte es für passend erachtet werden, so bin ich bereit, die 38 Mark Honorar zurückzuzahlen.

Bebel erwidert, er habe die Ueberzeugung Legiens nicht angegriffen. Den Ausdruck Mephisto habe er aus Legiens Verhalten beim Centralblatt hergeleitet und halte ihn aufrecht.

Gerisch erhält nun als Referent das Schlußwort. Er faßt noch einmal all die gemachten Einwendungen kurz zusammen und bittet den Kongreß, die Anträge auf Reduktion der Parteigehälter abzulehnen.

Heine-Ottensen bemängelt zur Geschäftsordnung, daß der Ausdruck Bebel's, Mephisto, nicht gerügt worden ist.

Singer: Der Ausdruck ist hier nicht gehört worden, hätte ich ihn gehört, würde ich ihn gerügt haben.

Heine stellt den ausdrücklichen Antrag auf eine Klage. Der Antrag wird aber abgelehnt, nachdem Stadthagen dagegen gesprochen.

Abg. Meister verzichtet Namens der Kontrolleure auf's Schlußwort.

Der Parteitag ertheilt dem Vorstand Decharge. Die oben erwähnten Anträge werden mit großer Majorität abgelehnt (ein Sechstel der Delegirten etwa bildet die Minorität). Nur die Anträge, den Vertrauenspersonen den „Vorwärts“ auf ihr Ersuchen gratis zu übersenden und eigene Parteigründungen zu unterlassen, werden angenommen.

Frau Zetkin erstattet den Bericht über die Prüfung der Mandate. Es sind 222 Mandate angemeldet, darunter 7 weibliche. Acht Mandate waren beanstandet, die Prüfungskommission hat aber sämtliche Mandate für gültig erklärt. Der Parteitag ist damit einverstanden.

Damit ist der Schluß der Verhandlungen eingetreten.

2. Verhandlungstag.

Frankfurt a. M., 23. Oktober.

Schwarz-Lübeck führt heute den Vorsitz und eröffnet die Sitzung mit der Verlesung von Begrüßungstelegrammen.

Dr. Adler-Wien ist eingetroffen und erhält das Wort zu einer Ansprache: Es ist mein Auftrag, Sie im Namen der österreichischen Genossen zu begrüßen. Es ist nothwendig, daß wir Oesterreicher mit Ihnen zusammen halten. Es war vielleicht niemals nothwendiger als jetzt. Wir befinden uns in der schwierigsten Lage in Oesterreich. Synisch ist heute die Regierung mit allen Parteien verbündet, um die Rechte der Besitzenden gegen die Angriffe der Besitzlosen zu vertheidigen. Man hat das in Oesterreich offen ausgesprochen. Wir haben in Oesterreich einen schweren Kampf ums Wahlrecht zu führen. Sie wissen in Deutschland gar nicht, wie wohl es Ihnen geht. Sie haben eine Waffe, um zurückzuschlagen. Wir sind waffenlos. Aber es geht vorwärts bei uns. Unsere Partei treibt den verrotteten Polizei- und Zopfstaat vorwärts. Die alte Verfassung hat bis vor 1 Jahr als unangreifbar gegolten; heute ist das anders geworden. Heute ist Niemand vorhanden, der nicht überzeugt ist, daß die Verfassung geändert werden muß, daß Oesterreich nicht zur Ruhe kommen wird, bis die Sozialdemokratie ihr Wahlrecht errungen hat. Leicht wird die Sache nicht. Noch in voriger Woche hat die Regierung uns gezeigt, daß sie über Säbel verfügt, es war ein Angriff von rückwärts, ähnlich wie in Berlin im Januar. Aber ob der Säbel auch haut, ja ob die Flinte auch schießt, die Wahlreform wird durchgeführt werden, denn sie ist eine Nothwendigkeit. Die Säbel, die uns gehauen haben, haben auch die Regierungsmänner in die Finger geschnitten. Die Verathung der Wahlreform ging bereits am nächsten Tage einen Schritt vorwärts. Es wird in den nächsten Wochen etwas ruhiger werden, wir wollen die Verathungen der Regierung nicht stören. Aber wir werden im Kampfe nicht ermüden. Ich bitte Sie nur, den Oesterreichern die alten Sympathien zu bewahren. Wir brauchen Ihre Sympathie nothwendiger als je, wir wollen auch, daß Sie für unsere Sache mitkämpfen und schließe ich mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Sie lebe hoch! hoch! hoch! (Lebhafter Beifall.)

Singer theilt mit, daß verschiedene Zwistigkeiten lokaler und persönlicher Natur dem Parteitag unterbreitet worden sind, er schlage vor, für alle diese Sachen eine Kommission zu wählen.

Es ist eine Resolution der Magdeburger Genossen eingegangen, die sich gegen das Verhalten des Abg. Bod-Gotha und sein Verhalten in dem Schuhmacherstreit richtet.









